

# Die Initiative gegen den Asylmissbrauch ist gegenwärtig die einzig brauchbare Lösung

Veröffentlicht am 02. November 2002

Erneut ist die Schweiz zu einem Eldorado für Flüchtlinge geworden. Dabei gibt es bereits heute im Lande allzu viele Ausländer: Wie immer gerechnet wird, sind es, zusammen mit allen Dunkelziffern, mindestens 30%!

Mit der Erweiterung der Europäischen Union um 10 neue Mitglieder wird der Zustrom von Flüchtlingen um ein vielfaches zunehmen. Die heute schon vollständig ungenügend gesicherte gemeinsame Grenze der EU wird noch um einige tausende, noch schwerer bewachbare Kilometer verlängert werden. Der Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der EU gemäss dem Abkommen von Schengen wird die Völkerwanderung aus dem EU-Ausland über die neuen Mitgliedsstaaten nach dem übrigen Europa wesentlich erleichtern. Davon wird auch die Schweiz, mit oder ohne Schengen und Dublin, ihren Teil abbekommen. Das Abkommen von Dublin verpflichtet ohnehin nur den ersten Asylstaat der EU alle diejenigen Flüchtlinge zurückzunehmen, die von ausserhalb der EU stammen, denen kein Asyl gewährt wird oder die um kein Asyl nachgesucht haben und die in ein anderes EU Land weitergewandert sind. Im Blick auf diese im Flüchtlingswesen Besorgnis erregende Situation haben die meisten Nachbarstaaten der Schweiz schärfere Ausländergesetze in Kraft gesetzt. Es geht darum, gegen den Missbrauch des Asylrechts anzukämpfen: Mehr als 90% der angeblichen Asylanter in Europa suchen nicht Schutz vor den Gefahren zu Hause, sondern bessere „wirtschaftliche“ Existenzmöglichkeiten oder sie wollen ganz einfach die Chancen für ihre, leider häufig auch dunklen Machenschaften, kriminellen und politischen Aktivitäten ausnützen.

Im Zentrum Europas wird die Schweiz von ihren Nachbarn noch mehr als das Land benützt werden, zu dem alle unliebsamen Ausländer relativ leicht abgeschoben werden können. Einmal in der Schweiz werden diese Ausländer, aus einer falsch verstandenen Humanität heraus sehr grosszügig und liberal behandelt. Die Schweiz ist eben kein Polizeistaat. Bei den kantonal aufgeteilten Kompetenzen mit einer relativ schwachen Kontrolle durch den Bund, ist sie auch gar nicht in der Lage, die sich eingeschmuggelten unliebsamen Ausländer im Griff zu halten und gegen ihr nicht selten kriminelles, renitentes, und arrogantes Verhalten wirksam vorzugehen. Darunter leiden übrigens nicht nur die Schweizer, sondern auch die vielen anständigen, arbeitsamen und sich in die Gesellschaft gut integrierten Ausländer. Das wird auch von Ruth Metzler, der schweizerischen Justizministerin, anerkannt. Sie ist aber der Meinung, dass die Schweiz das Problem nur zusammen mit den anderen europäischen Staaten, das heisst der EU, in Griff bekommen kann. Deshalb ist sie für einen baldigen Beitritt zur EU und bis dahin für die

Übernahme des Schengener-Abkommens, was nach ihr für die Schweiz den Vorteil hätte, auch in den Genuss des Abkommens von Dublin zu kommen. Sie übersieht dabei geflissentlich, dass, von Brüssel aus gesehen, Schengen und Dublin nicht ohne Verzicht auf das Bankgeheimnis zu haben sind: Schengen würde die schweizerische Grenze vollständig schutzlos lassen; beim Abkommen von Dublin war es bisher äusserst schwierig, den ersten Asylstaat eines Flüchtlings einwandfrei festzustellen, um eine Rücknahme verlangen zu können.

Die Schweiz würde also weiterhin mit Flüchtlingen, die über die EU aus der ganzen Welt nach Europa kommen, überflutet werden. Der Verdacht liegt nahe, dass dabei die lieben Nachbarn einen kleinen „Zustupf“ geben und den ihnen unliebsamen Flüchtlingen den Weg in die Schweiz zeigen. So etwa, wie das die Engländer von den Nachbarn auf der anderen Seite des Ärmelkanals erleben! Bei dieser Situation bleibt nichts anderes übrig, als zunächst einmal die Schweizergrenze besser zu schützen: Keine Berliner-Mauer, aber auch nicht ein grosslöchiger Emmentaler, wie das jetzt der Fall ist. Zweitens braucht es eine harte und zweifellos auch abschreckende Ausländergesetzgebung. Bereits der Vorgänger von Ruth Metzler, Bundesrat A. Koller hatte gesagt, das einzigen Mittel gegen die Asylanten-Flut sei eine für diese Menschen „weniger attraktive Schweiz“.

Dazu braucht es auf jeden Fall eine straffe, koordinierte und effizient durchgreifende Fahndung nach allen inliebsam auffallenden und illegal tätigen Ausländer. Diese sind sicherzustellen und ohne weiteres Prozedere auszuweisen, auch wenn es dazu noch eine Reihe weiterer Rücknahme-Abkommen, einschliesslich relativ generöser Rückwanderungsprämien braucht. Aber all das wird nur bewältigt werden können, wenn die Behandlung der Ausländer, insbesondere der falschen Asylanten, etwas weniger von den zahllosen Flüchtlingsorganisationen dafür viel energischer von den zuständigen Behörden diktiert wird. Dafür und für die notwendigen Mittel, wie zum Beispiel das von Ruth Metzler verlangte Bundespolizeikorps, braucht es eine Verankerung der schweizerischen Ausländerpolitik in der Bundesverfassung. Vielleicht kostet das mehr als jetzt - sicher aber nicht mehr als ein Mitmachen bei Schengen und Dublin. Und schliesslich geht es doch um die innere Sicherheit des Landes, den Schutz von Schweizern und der hier lebenden Ausländer. Im Vergleich zu der doch sehr wackligen Situation, die sich aus der Übernahme von Schengen und Dublin ergeben würde, angesichts der zu erwartenden Flutwelle von falschen Asylanten bietet die Initiative gegen den Asylmissbrauch die einzige einigermaßen brauchbare Lösung - also auf jeden Fall das kleinere Übel als der gegenwärtige Zustand und die zaghaften Verschärfungen der geltenden Ausländergesetzgebung. Letzlich muss sich in dieser aufgewühlten Welt jeder selber helfen, weil auf die anderen kein Verlass ist. Dies, besonders auch inbezug auf die EU- Staaten, bei denen die Grossen ohnehin machen, was sie wollen, und alle zunächst für sich selber schauen!